

Stabilität ohne Stagnation

Vor der Freitagsitzung der Konzertierten Aktion

Von Professor Dr. Karl Schiller MdB,
Bundesminister für Wirtschaft

Die Bundesregierung hat in der vorigen Woche konjunkturpolitisch gehandelt. Zwei Tage ist im Deutschen Bundestag über unsere Vorschläge und Maßnahmen hart diskutiert worden; die Regierungsfractionen haben sie gebilligt und durch ihre eigenen Beschlüsse bestätigt. Jetzt, am Freitag dieser Woche, ist die Konzertierte Aktion am Zuge. Hauptthema ihrer Beratungen werden die augenblickliche und vor allem die zu erwartende Konjunkturlage sowie die Schlußfolgerungen sein, die Gewerkschaften und Arbeitgeber aus den jüngsten Beschlüssen von Bundesregierung und Parlament ziehen.

In der Konzertierten Aktion sind keine bedingungslosen Ja-Sager versammelt. Dieses Gremium ist nicht etwa geschaffen worden, um unseren Absichten und Beschlüssen nachträglich eine höhere Weihe zu schenken. Im Gegenteil: Interessengegensätze und kontroverse Meinungen werden dort ohne jede Beschönigung ausgetragen, freilich in sachlicher Diskussion. Das wird sicher auch an diesem Freitag so sein. Ich erwarte deshalb auch nicht, daß die in der Konzertierten Aktion vertretenen autonomen Gruppen die Entscheidungen von Parlament und Regierung kritiklos hinnehmen werden. Geschähe das, dann hätte diese Zusammenkunft ihre Aufgabe sicher verfehlt.

Was wir erreichen wollen, ist etwas anderes. Die Vertreter der Arbeitnehmer wie der Unternehmer sollen über die Meinung der Regierung zur konjunkturellen Entwicklung noch genauer und unmittelbarer informiert werden. Wir werden über die konjunkturellen Chancen und Risiken der vor uns liegenden Monate eingehende Auskunft geben. Wir wollen die Beschlüsse der vergangenen Woche erläutern und hoffen selbstverständlich auf mehr Verständnis auch bei denen, die uns ihre Zustimmung bisher vorenthalten haben. Umgekehrt wird auch der Bundesminister für Wirtschaft die Vorstellungen seiner Gesprächspartner über ihr weiteres preis- und lohnpolitisches Verhalten aufmerksam zur Kenntnis nehmen.

Mir scheint, daß solche gegenseitige Aufklärung das Gebot der Stunde ist. Denn immer wieder stelle ich in diesen Tagen fest, daß beispielsweise über das tatsächliche Ausmaß des rückzahlbaren Kon-

konjunkturzuschlages unklare Vorstellungen bestehen. Zu wenig ist bekannt, daß die vorübergehende Belastung in der Masse der Fälle nicht mehr als ein bzw. zwei v.H. des steuerpflichtigen Verdienstes jener Erwerbstätigen beträgt, deren Einkommen über der von uns festgesetzten Sozialgrenze (100,10 DM Lohnsteuer je Monat) liegen. Das kann kein Anlaß zu erhöhten Forderungen sein, zumal die zusätzlich abgeführten Beträge zurückgezahlt werden müssen. So befiehlt es das Gesetz, und so lautet auch die Garantie, die diese Bundesregierung vor dem Deutschen Bundestag gegeben hat.

In der Zusammenkunft der Konzentrierten Aktion, dessen bin ich sicher, werden diese Tatsachen noch deutlicher als bisher gemacht werden können.

Zugleich dürfen wir uns nicht scheuen, offen über die weitere wirtschaftliche Entwicklung zu sprechen. Die Bundesregierung hat ihre konjunkturpolitische Offerte abgegeben. Alle an der deutschen Wirtschaft Beteiligten müssen nun ihren Part zur Lösung der gemeinsamen Aufgabe beitragen: Die Stabilität ohne Stagnation zu erreichen. Das heißt keineswegs, daß die Konzentrierte Aktion ein Forum für Maßhalte-Apelle sei. Aber ich werde nüchtern feststellen müssen, daß die Regierungsbeschlüsse um so schneller wirken werden, je mehr sich die Unternehmer in ihrer Preispolitik und die Tarifpartner in ihrer Lohnpolitik auf das Angebot der Regierung einstellen.

Alle unsere Konjunkturmaßnahmen sind reversibel. Sie können jederzeit ermäßigt oder ganz zurückgenommen werden. Aber ob und wann das geschehen kann, das hängt entscheidend vom Verhalten eben jener selbstverantwortlichen Gruppen ab, die in der Konzentrierten Aktion Sitz und Stimme haben. Ich schiebe keine Verantwortung der Bundesregierung auf andere ab, wenn ich sage, daß für das Gedeihen unserer Wirtschaft eine Mitverantwortung auch dieser Gruppen besteht. Und deshalb hoffe ich auf ein stabilitätskonformes Zusammenwirken aller Beteiligten.

Die Konzentrierte Aktion ist kein Beschlusorgan, sie ist der "runde Tisch der kollektiven Vernunft", wie ich sie immer genannt habe. Hier sollen keine konkreten Preise und Löhne ausgehandelt, sondern Einsichten gefördert werden, die Einsicht vor allem, daß es eine Grenze zwischen dem verständlichen Interesse einzelner Gruppen und den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten gibt. Sie kann nicht ohne Schaden überschritten werden. Alle Beteiligten werden aus dem Gespräch am Freitag ihre Folgerungen ziehen. Ich zweifle nicht daran, daß sie dabei die gesamtwirtschaftlichen Erfordernisse beachten werden. Das allein sichert uns die ökonomische Stabilität, die wir als Grundlage eines weiteren wirtschaftlichen Wachstums und eines ungeführdeten privaten wie öffentlichen Wohlstandes brauchen.

Vertriebene haben der SPD viel zu verdanken

Der Fakt mit der CDU wird dem BdV nicht gut bekommen

Von Dr. Heinz Kreutzmann SPD-MdB

In der Fürsorge für die Opfer des Krieges, für die Flüchtlinge und für die Vertriebenen, läßt sich die SPD von niemandem übertreffen. Eine ganze Reihe früherer Gesetze auf dem Sektor der Leistungsgesetze für die Vertriebenen, Flüchtlinge aus der DDR und Kriegssachgeschädigten, sind entweder durch die Handschrift von SPD-Politikern gekennzeichnet oder hätten ein wesentlich positiveres Gesicht erhalten, wenn man bei ihren Beratungen den Vorschlägen von SPD-Politikern gefolgt wäre.

Das ist nicht alles. Die wirtschaftliche Eingliederung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge in den SPD-regierten Ländern, vor allem Hessen, Niedersachsen, aber auch in dem zunächst SPD-regierten Schleswig-Holstein, in Gebieten Baden-Württembergs und Nordrhein-Westfalens, in denen entweder die Eingliederung Sache von SPD-Politikern war oder die kommunalen Behörden der SPD zuzurechnen waren, zeigt überdurchschnittliche Leistungen für die genannten Personengruppen. Der Ärger und die Empörung, die da und dort in der SPD wegen der Haltung der Vertriebenenverbände herrschen, sind daher verständlich. Es dürfte auch in der Geschichte eines überparteilichen Verbandes bisher kaum vorgekommen sein, daß man so einseitig und eindeutig gegen eine Partei oder Regierungskoalition Stellung bezogen hat.

Der BdV versucht das damit zu rechtfertigen, daß er der derzeitigen Bundesregierung vorwirft, sie habe eine Politik der Preisgabe der Oder-Neiße-Gebiete eingeleitet und arbeite mit ihrer Bereitschaft, die gegenwärtig in Europa existierenden Grenzen zu respektieren, der sowjetischen Politik in die Hände.

Man ist zunächst einmal festzuhalten, daß es weder einen fertigen Vertragsentwurf zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik gibt, sondern nur eine Fixierung der gegenseitigen Standpunkte, noch kann davon ausgegangen werden, daß sowohl die Sowjetunion wie die Bundesrepublik diese Fixierung unverändert in den endgültigen Vertrag übernehmen. Mit der eindeutigen Stellungnahme des BdV für die Opposition aber bezieht der Verband eine Position, die es ihm unmöglich macht, von einem überparteilich-objektiven Standpunkt her auf die Regierung einzuwirken, weil sie ihn eben nur als verlängerten Arm der Opposition sehen muß. Damit wirkt er also seinen eigenen Interessen entgegen.

Was man im übrigen im Lager des BdV nicht zur Kenntnis nimmt, ist, daß die Verhandlungen zwischen dem Staat Bundesrepublik und der Sowjetunion geführt werden. Das heißt, daß diese Verhandlungen von dem Europa und Deutschland des Jahres 1970 ausgehen. Also von einem Europa, das in zwei getrennte Blöcke auseinander gefallen ist, von einem Deutschland, in dem es keine gemeinsame deutsch-polnische Grenze gibt, soweit es die Bundesrepublik angeht. - Auf diese Realitäten ist der Entwurf gegründet. Sein Ziel ist es, aus der Stagnation und Verkrampfung, die ja bisher nur Deklamationen und sonst nichts ermöglicht hat, herauszuführen in eine Gasse der Zukunft. Das und nichts anderes sollte man hinter den Bemühungen der Bundesregierung sehen. Daß viele Vertriebene es so sehen, hat am besten das Wahlergebnis im Vertriebenenland Niedersachsen gezeigt!

Lauritzens Programm

Bekämpfung der Wohnungsnot eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit

Auf dem SPD-Parteitag in Saarbrücken hatte die Diskussion über die Lage auf dem Wohnungsmarkt über die wachsenden Mietkosten und über das Krebsgeschwür Bodenspekulation die Delegierten stark bewegt und beunruhigt. Hier wurden Probleme unserer Gesellschaft behandelt, die den davon Betroffenen, es sind viele Millionen unserer Mitbürger, unter die Haut gehen, viel Unruhe und oft auch Verzweiflung auslösen.

Nach den Ergebnissen der Wohnungszählung im Jahre 1968 fehlen z. Zt. für die Familien und Haushalte, die noch in Untermiete, in Baracken, Nissenhütten und sonstigen unzureichenden Wohngelegenheiten leben müssen, 800.000 Wohnungen. Eine Million Altbauwerke ist abbruchreif und wohnunwürdig. Dazu kommt ein jährlicher Neubedarf von 300.000 Wohnungen durch Gründung junger Familien. 600.000 kinderreiche Familien leben in überalterten und zum größten Teil mangelhaft ausgestatteten Wohnungen. Von der Wohnungsnot der alten Menschen über 65 Jahre zeugen erschütternde Beispiele. Ein Blick auf die Wohnungsanzeigen der Tageszeitungen läßt das ganze Elend erkennen, daß eine fast 20jährige CDU-Herrschaft auf diesem Gebiet als Erbe hinterlassen hat.

Die sozial-liberale Bundesregierung ist nicht bereit, dieses gesellschaftspolitische Übel, das auch zur Staatsverdrossenheit führen kann, als naturgegeben hinzunehmen. Wohnungsnot und unzulängliche Wohnungen sind Schandflecken in unserer modernen demokratischen Industriegesellschaft und mit den Grundsätzen eines sozialen Rechtsstaates nicht zu vereinbaren. Die Regierung Brandt/

Scheel und ihr Bundeswohnungsbauminister Dr. Lauritz Lauritzen wollen und werden in einem Zehn-Jahresplan das Übel an der Wurzel anpacken.

Vorgesehen ist der Bau von fünf Millionen Wohnungen innerhalb von zehn Jahren. Die haushaltsmäßigen Voraussetzungen für die Sanierung der Städte sind geschaffen und die finanziellen Möglichkeiten im Rahmen einer Fortschreibung der Mittelfristigen Finanzplanung gegeben. Schon im nächsten Jahr stehen dem Bundeswohnungsbauminister 1,6 Milliarden DM zur Verfügung, weit über eine halbe Milliarde DM mehr im Vergleich zu 1960. Die Steigerungsraten erhöhen sich bis 1974 auf etwa 3,7 Milliarden DM, eine Summe, mit der sich schon viel anfangen läßt. Dem sozialen Wohnungsbau, dem Bau von Wohnungen für Schwerkriegsbeschädigte, für junge Ehepaare und dem Bau von Altenheimen kommt in diesem Zusammenhang Priorität zu. Erst wenn einmal das Ziel eines Wohnungsüberhanges von zwei bis drei v.H. erreicht ist, wird man von einer Beruhigung auf dem Wohnungsmarkt sprechen können. Dann hört die Ausnutzung des sozial Schwachen auf.

Auch heute noch nehmen Bodenwucher und Bodenspekulation ungenannte Ausmaße an. Sie bilden ein böses Ärgernis in unserer Gesellschaft. Auf Kosten der Allgemeinheit bereichern sich einige wenige. Die Verhinderung ungerechtfertigter Bodengewinne fällt in den Bereich des Gesetzgebers. Mit Erleichterung hat die Öffentlichkeit die Ankündigung des Bundesfinanzministers Dr. Alex Möller aufgenommen, daß im Rahmen der Steuerreform hier gesetzliche Maßnahmen erfolgen werden. Sie sind bitter notwendig. Die Beseitigung der Wohnungsnot, die Sanierung unserer Städte und die an Zukunftsaufgaben orientierte Raumordnung entsprechen den Geboten des allgemeinen Wohls. Dem darf Bodenwucher nicht entgegenstehen.

Albert Exler